

STEIN PRESSE

BAUSTOFFINDUSTRIE

leichte Umsatzsteigerung

04

EU-WINTERPAKET

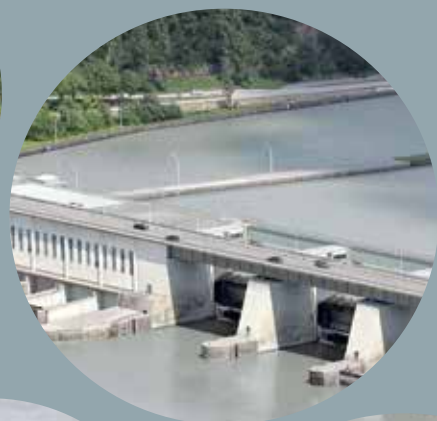
Clean Energy for all Europeans

06

QUARZFEINSTAUB

Grenzwert

11





INHALT



WIRTSCHAFTS- BERICHT 2016

SEITE 04

© Lukas Lorenz

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die Konjunkturerhebung zum vergangenen Wirtschaftsjahr im Fachverband der Stein- und keramischen Industrie beweist erneut, dass der Baustoffsektor zu einer stabilen Branche zählt. Das leichte Umsatzplus von 1,11% über alle Branchen des Fachverbands zeigt, dass die Nachfrage stetig und gering volatil ist. Der Zuwachs liegt ein weiteres Jahr unter dem allgemeinen Wirtschaftswachstum und wird von den Teilbranchen unterschiedlich wahrgenommen. So gehören zu den Gewinnern v.a. die wandbildenden Erzeugnisse. Ziegel, Beton und Betonfertigteile profitieren ebenso wie die Zementindustrie. Ein wenig Sorgen macht allerdings die Schotterindustrie. Als Zuschlagstoff im Straßenbau sind die Absatzmärkte rückläufig und als Schüttgut braucht es größere Massenbewegungen wie den Straßenneubau. Aber wer nicht gerade an dem einen oder anderen ASFINAG-Projekt beteiligt ist, hatte das Nachsehen. Gerade im regionalen und kommunalen Straßenbau ist ein Ende der Auftragsdürre nicht in Sicht. Anders die Situation bei den Industrielieferbranchen, diese bewegen sich auf einem konstanten Niveau und konnten das Vorjahresergebnis halten.

Weiterhin höchste Priorität wird auch dieses Jahr wieder das Thema Energie und Emissionen haben. Gleich zu Beginn des Jahres konnte im Reformprozess zum Emissionshandel durch Mobilisierung aller Kräfte ein schwerer Schaden für den Wirtschaftsstandort Österreich bzw. Europa verhindert werden. Während aber der ausgesprochen tolle Erfolg zum Thema Emissionshandel noch nicht einmal verdaut ist, brauen sich zum Thema Energieeffizienz neue Gewitterwolken zusammen. Die neuen Vorgaben belasten wieder jene, die ihre Hausaufgaben aus eigenem Antrieb erledigt haben - nämlich die energieintensive Industrie.

Aber nur wer zukunftsweisend eingreift und mitbestimmt wird auch noch in den nächsten Jahren am Puls der Zeit sein und wirtschaftlichen Erfolg feiern können. In diesem Sinne werden wir alles daransetzen, die Rahmenbedingungen so mitzugestalten, dass die österreichische Baustoffindustrie auch in der Zukunft erfolgreich ist und zu den verlässlichsten Wirtschaftsteilnehmern zählt.

Gerne laden wir Sie bereits jetzt zu unserer Mitgliederversammlung am 28.9.2017 ins Hotel Schloss Pichlarn in Aigen im Ennstal ein. Überzeugen Sie sich selbst und gestalten Sie die Zukunft unserer Branche mit!

Ihr Fachverbandsgeschäftsführer
DI Dr. Andreas Pfeiler

WIRTSCHAFT

[4-5](#) | Wirtschaftsbericht 2016[6-7](#) | EU-Winterpaket „Clean Energy for all Europeans“[8](#) | EU-Richtlinie Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden[9](#) | EU-Energieeffizienz-Richtlinie[10](#) | Wohnbau

UMWELT

[11](#) | Quarzfeinstaub

EUROPA

[12](#) | UEPG - Dachverband der europäischen Gesteinsindustrie

KURZINFO

[13](#) | Aktuelles

TERMINE

[14](#) | Seminare • Kongresse • Termine



WIRTSCHAFTS- BERICHT

von

**Dr. Petra
Gradischnig**

Die jährliche Konjunkturerhebung unter den Mitgliedsunternehmen des FV Steine-Keramik zeigt ein leichtes Umsatzplus in der Baustoffindustrie. Das Ergebnis sowie weitere aktuelle Themen wurden im Rahmen einer Pressekonferenz mit Fachverbandsobmann Manfred Asamer, dem Vorsitzenden der Berufsgruppe Zement, Rudolf Zrost, sowie Geschäftsführer Andreas Pfeiler am 2. März 2017 präsentiert.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG 2016

Die Unternehmen der Baustoffindustrie verzeichneten 2016 mit einem Umsatzwachstum von 1,11% auf EUR 3,42 Mrd. ein leichtes Plus. Per 31.12.2016 waren 13.743 Mitarbeiter in der Branche beschäftigt (-1,70% ggü. 2015).

Das Wachstum wurde vor allem vom Wohnbauboom in den Ballungsräumen sowie von einzelnen großen Infrastrukturprojekten getragen. Die Entwicklung in den ländlichen Regionen ist eher besorgniserregend. Die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern in der Baustoffbranche wird immer größer.

Die größten Umsatzsteigerungen erzielten die Ziegel- und -fertigteilindustrie (+5,20%) und die Beton- und -fertigteilindustrie (+3,96%). Auch die anderen „Hochbau-affinen“ Teilbranchen, wie die Zementindustrie (+3,32%) oder die Transportbetonindustrie (+3,22%), konnten im Jahresvergleich zulegen. Die anhaltende Flaute bei regionalen Investitionen sowie die schleppende Sanierungstätigkeit und fehlende Pflasterbefestigungsflächen verursachten im Jahr 2016 auch eindeutige Verlierer. Das größte Minus verzeichnete die Naturwerksteinindustrie mit -13,92%. Die Schüttgüter Sand-Kies und Schotter waren im Straßenbau stark fallend, konnten aber als Zuschlagstoffe im Hochbau die Verluste kompensieren (Schotterindustrie: -0,34%, Sand- und Kiesindustrie: +0,70%). Ebenfalls Verluste hinnehmen mussten die Feinkeramische Industrie (-5,80%) und die Putz- und Mörtelindustrie (-1,36%).

Kumuliert betrachtet verzeichneten die Bauzulieferer (Beton- und -fertigteile, Transportbeton, Zement, Putz-Mörtel, Sand-Kies, Schotter) ein Plus von 1,43%, die Industrielieferer (Feinkeramik, Feuerfest, Schleifmittel) ein Minus von 0,10%.

Die Erwartungen für 2017 sind zurückhaltend. In den großen Ballungszentren wird weiterhin mit anhaltenden Wohnbautätigkeiten gerechnet. Große Fragezeichen sind jedoch die Entwicklungen bei der Sanierung sowie der Infrastrukturbereich.

FLEXIBLERE ARBEITSZEITMODELLE IN DER BAUSTOFFBRANCHE ENTSCHEIDEND

Da aufgrund der engen Budgetsituation gerade bei den Gemeinden keine großen Investitionsschübe zu erwarten sind, müssen andere Möglichkeiten das unternehmerische Agieren erleichtern und damit letztlich Arbeitsplätze absichern. Dabei sind flexiblere Arbeitsmodelle ein zentrales Thema. Diese sind schlichtweg eine Notwendigkeit, weil die Bautätigkeit eine Lieferbereitschaft nach dem „just in time“-Prinzip erfordert. Zur Flexibilisierung,

FACTS 2016

→ UMSATZ
EUR 3,42 MRD. (+1,11%)

→ BESCHÄFTIGTE
13.743 (-1,70%)

aber nicht als Regelfall, soll es die Möglichkeit geben, die Höchst- und Normalarbeitszeit im Bedarfsfall auf zwölf Stunden auszuweiten. Dies würde eine den Anforderungen der Bauwirtschaft angepasste flexiblere Produktion und Lieferung von Roh- und Baustoffen ermöglichen. Zur praktikablen Anwendung müssen eine Jahresdurchrechnung sowie eine genaue Ausgestaltung auf Kollektivvertrags-, Betriebsvereinbarungs- oder Einzelvertragsebene möglich sein.



UMWELTPOLITIK MUSS WIRTSCHAFTSSTANDORT IM BLICKFELD BEHALTEN

Die immer weiteren Verschärfungen in der Umwelt- und Klimapolitik zeigen, wie realitätsfern mittlerweile vorgegangen wird. Gerade die Baustoffindustrie als Vorreiter in punkto Umweltstandards kann kaum noch Effizienzpotentiale nützen. Um z.B. beim Emissionshandel noch mitzukommen, müssten schon die physikalischen Naturgesetze außer Kraft

gesetzt werden. Das schaffen nicht einmal die innovativsten Unternehmen. Gefordert wird mehr Realitätsinn bei ökologischen Zielvorgaben.

Von größter Bedeutung werden für die Unternehmen der Stein- und keramischen Industrie dabei die Vorschläge zur Revision der EU-Energieeffizienz-Richtlinie. Das bisherige indikative EU-Ziel von 27% soll auf mindestens 30% bis 2030 angehoben werden und zudem soll es eine Verbindlichkeit geben. Das Ziel soll durch

jährliche Einsparungsvorgaben von 1,5% erreicht werden.

Wenn es den politischen Entscheidungsträgern mit der Re-Industrialisierung und dem Wirtschaftsstandort ernst ist, müssen die Zieldimensionen Leistbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit gleichrangig behandelt werden. Dies gilt für die europäische Ebene gleichermaßen wie für die nationale, wo gerade an der Energie- und Klimastrategie gearbeitet wird.

v.l.: Asamer, Pfeiler, Zrost

© FV Steine-Keramik / Dimov

* Faserzement-, Gips-, Kaolin-, Kreide- und Leichtbauplattenindustrie, Allgemeine Berufsgruppe

KONJUNKTURERHEBUNG DER STEIN- UND KERAMISCHEN INDUSTRIE – GANZJAHR 2016

BERUFSGRUPPE	UMSATZ	ARBEITER	ANGESTELLTE	BESCHÄFTIGTE
	Veränderung in % ggü. 2015	Veränderung in % ggü. 2015	Veränderung in % ggü. 2015	Veränderung in % ggü. 2015
Beton- u. -fertigteileindustrie	3,96	0,72	4,79	2,25
Feinkeramische Industrie	-5,80	-4,85	0,97	-3,37
Feuerfestindustrie	0,68	-5,15	-5,33	-5,19
Kalkindustrie	0,17	0,95	0,85	0,91
Naturwerksteinindustrie	-13,92	-6,54	-40,63	-19,30
Putz- und Mörtelindustrie	-1,36	-2,48	-1,22	-1,70
Sand- und Kiesindustrie	0,70	2,93	5,11	3,59
Schleifmittelindustrie	2,49	-4,78	-6,19	-5,27
Schotterindustrie	-0,34	1,25	1,32	1,27
Transportbetonindustrie	3,22	-4,25	2,70	-2,13
Zementindustrie	3,32	-2,81	0,47	-1,50
Ziegel- u. -fertigteileindustrie	5,20	1,71	2,19	1,91
Sonstige *)	-1,78	-7,87	-2,49	-5,54
insgesamt	1,11	-2,57	-0,23	-1,70
Bauzulieferer	1,43	-1,61	0,81	-0,65
Industriezulieferer (Feinkeramik, Feuerfest, Schleifmittel)	-0,10	-4,87	-4,08	-4,63
FV Steine-Keramik insgesamt	EUR 3.422.978.254	8.568	5.175	13.743
Bauzulieferer	EUR 2.726.539.468	6.106	4.116	10.222
Industriezulieferer	EUR 696.438.786	2.462	1.059	3.521

EU-WINTERPAKET

von
Mag.
Cornelya
Vaquette

Das EU-Winterpaket „Clean Energy for all Europeans“, das Ende November 2016 von der EU-Kommission (KOM) veröffentlicht wurde, stellt den dritten großen Teil einer umfassenden Überarbeitung der europäischen Energie- und Klimagesetzgebung dar.



Zur Erinnerung: Im Sommer 2015 präsentierte die KOM den Vorschlag zur Reform des Emissionshandels (ETS), der nach zwei Jahren intensiver Bearbeitung am 15.2.2017 bei der Abstimmung im Europäischen Parlament seinen vorläufigen unrühmlichen Höhepunkt erlebte. Gefolgt wurde dieses erste Paket durch ein weiteres im Sommer 2016, das Vorschläge zum Non-ETS Bereich enthielt, d.h. für jene Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Diese „Effort Sharing Decision“ (ESD) regelt die Aufteilung des CO₂-Reduktionsziels auf die einzelnen Mitgliedsstaaten in Bereichen wie Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft. Begleitet wurde die ESD durch Vorschläge zur Einbeziehung von Landnutzung und Landnutzungsänderung in Land- und Forstwirtschaft (LULUCF) sowie von einer Strategie zum Verkehr der Zukunft.

Das EU-Winterpaket vervollständigt die Vision einer schlagkräftigen und effektiven Energieunion und einer EU als Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel. Es behandelt die wichtigsten verbleibenden Gesetzestexte zur vollständigen Umsetzung der Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll dafür gesorgt werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU trotz der Veränderungen, die sich durch den Übergang zu umweltfreundlicher Energie für die globalen Energiemärkte ergeben werden, erhalten bleibt.

Die Kommission verfolgt damit drei Hauptziele:

- Energieeffizienz als oberste Priorität
- Übernahme einer weltweiten Führung im Bereich der erneuerbaren Energien
- Bereitstellung eines fairen Angebots für die Verbraucher

ENERGIEEFFIZIENZ

Zum Thema Energieeffizienz liegen die Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie (2012/27/EU) sowie der Gebäudeeffizienz-Richtlinie (2010/31/EU) vor. Beide Entwürfe versuchen eine Verschärfung des bisher auf

„CLEAN ENERGY FOR ALL EUROPEANS“

EU-Ebene indikativen Ziels von 27% auf mindestens 30% zu erreichen und zudem eine Verbindlichkeit durchzusetzen. Kritisch ist überdies, dass die Überlegungen über 2030 hinausgehen und bereits in Richtung 2050 weisen. Die vollständige Dekarbonisierung wird angestrebt. Die Zielerreichung soll über einen Zielpfad, messbar an jährlichen Einsparungsprozentsätzen von 1,5% (und mehr), erfolgen. Alle drei Punkte sind abzulehnen, denn sie entbehren jeglicher realistischen Umsetzungsmöglichkeit in der Industrie. Weiters gibt es einen neuen Ökodesign-Arbeitsplan 2016-2019, der hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf das Industrieöfen-Design im Auge behalten werden muss.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Das Thema Erneuerbare Energien wird mit der Neufassung der Erneuerbare Energien-Richtlinie (2009/28/EU) abgearbeitet. Interessant sind hier die Vorgaben zur finanziellen Förderung von erneuerbaren Energien, die Chancen für die Bauteilaktivierung eröffnen. Es wird auch wieder auf eine alte, aber theoretisch gute Idee zurückgegriffen, wonach der erneuerbare Strom dort produziert werden soll, wo die größten Potentiale und damit die billigsten Entstehungskosten zu erwarten sind. Allerdings sind

die damit verbundenen Infrastrukturprobleme nicht behandelt. Die Öffnung von Fördersystemen für andere Mitgliedsstaaten soll über gemeinsame Ausschreibungen und Anrechnungsregeln ermöglicht werden. Ein großer Schwerpunkt sind Bestimmungen zu Kälte- und Wärmebereitstellung, die durchaus Potentiale für die massive Bauweise und die thermische Sanierung erkennen lassen.

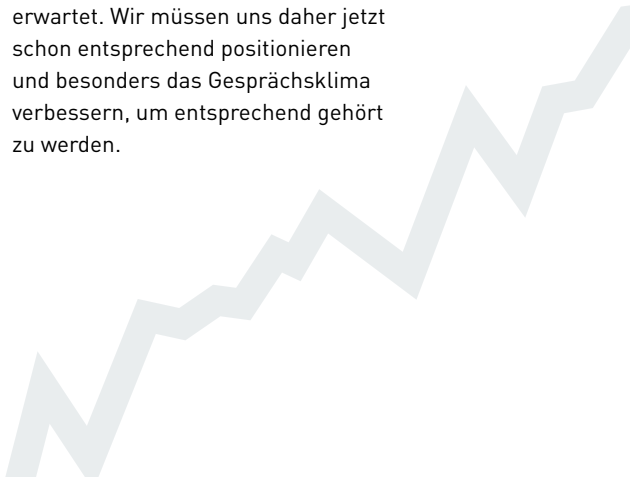
DIE NEUE STEUERUNG

Sämtliche Ziele, verbindlich oder unverbindlich, sollen nach den Vorstellungen der KOM in der neuen Governance der Energieunion zusammengeführt werden. Es handelt sich dabei um das neue Steuerungsinstrument der EU im Energie- und Klimabereich, das alle nationalen Energie- und Klimapläne integriert und über einen Abstimmungsprozess zwischen Mitgliedsstaaten und KOM zu optimal ausgewogener Zielerreichung führt. Bis 2019 muss die erste Runde an nationalen Plänen (NECP) für die Periode 2021-2030 vorliegen. In diesem Zusammenhang nehmen die Arbeiten an der österreichischen Energie- und Klimastrategie neue Bedeutung an, weil die Ergebnisse und Ziele als österreichischer Input in den Governance-Prozess einfließen werden. In weiser Voraussicht hat sich

der Fachverband Steine-Keramik intensiv mit dieser Strategie beschäftigt und auf allen Ebenen seine Anliegen eingebracht.

Letztendlich umfasst das Paket einige Dokumente betreffend die Gestaltung des Strommarkts, die Sicherheit der Stromversorgung, Energieinnovationen und einen Bericht zu Energiepreisen und -kosten in Europa. Als Endverbraucher interessiert jeden die Entwicklung dieser Kosten, die im letzten Jahr – sicher auch durch den milden Winter – weiter gesunken sind. Als Wehrmutstropfen bleibt jedoch der Vergleich mit dem Rest der Welt, deren Öl- und Gaspreisniveau immer noch deutlich unter jenem der Euro-Zone liegt.

Die maltesische Ratspräsidentschaft wird im 1. Halbjahr 2017 ihren Schwerpunkt auf Energieeffizienz legen. Während der österreichischen Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 wird der Abschluss dieses Pakets erwartet. Wir müssen uns daher jetzt schon entsprechend positionieren und besonders das Gesprächsklima verbessern, um entsprechend gehört zu werden.



GESAMTENERGIE-EFFIZIENZ VON GEBÄUDEN

EU-RICHTLINIE

von **ENTWURF EU-KOMMISSION**

Mag.
Roland
Zipfel

Ende November 2016 hat die Europäische Kommission das Paket „Clean Energy for all Europeans“ veröffentlicht. Das Paket beinhaltet u.a. einen Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD).

Laut Kommissionsentwurf soll die EPBD unmittelbar zum Ziel der Energieeffizienz-Richtlinie beitragen, die Energieeffizienz bis zum Jahr 2030 um 30% zu erhöhen. Die Mitgliedsstaaten müssen ein Konzept für die Minderung der CO₂-Emissionen von Gebäuden bis 2050 mit genauen Zwischenzielen bis 2030 erstellen. Diese Konzepte werden Teil der nationalen

Energie- und Klimapläne und müssen der Kommission übermittelt werden.

Infrastruktur für Elektromobilität: in neuen und bestehenden Nichtwohngebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen, die einer umfangreichen Renovierung unterzogen werden, muss ab 2025 jeder zehnte Parkplatz für Elektromobilität ausgerüstet sein bzw. bei neuen Wohngebäuden oder bei umfangreichen Renovierungen, müssen zumindest Vorverkabelungen vorgenommen werden. Die Mitgliedsstaaten können Ausnahmen für Gebäude von KMUs vorsehen.

Weiters ist der verstärkte Einsatz von elektronischer Überwachung, Automatisierung und Steuerung sowie die Einführung eines „Intelligenzindikators“ vorgesehen, der die Fähigkeit des Gebäudes misst, seinen Betrieb an die Erfordernisse der Bewohner und des Netzes anzupassen.

**POSITION FACHVERBAND
STEINE-KERAMIK**

In seiner Stellungnahme hat sich der Fachverband Steine-Keramik für

ein (nicht verpflichtendes) Energieeffizienzziel bis 2030 von 27% ausgesprochen (nicht 30% oder mehr) sowie gegen Zwischenziele bis 2030, weil Entwicklungen nicht linear verlaufen. Die Grenze für Schnellladestationen soll auf zumindest mehr als 30 Parkplätze angehoben werden. Wir kritisieren die Förderung der Vollautomatisierung von Gebäude und fordern Technologieneutralität, um der Bauteilaktivierung eine Chance zu geben. Der Fachverband tritt dafür ein, die Kostensuboptimalität von Gebäuden für eine Nutzungsdauer von 100 Jahren zu berechnen.

Die Einführung des Intelligenzindikators soll in der Richtlinie selbst erfolgen. Wir fordern, dass entweder die Festlegung in der Richtlinie selbst erfolgt oder ein von der Europäischen Kommission festgelegter Indikator nicht mehr vom EU-Parlament zurückgezogen werden kann. Begründung: dieser Indikator kann dazu beitragen, die Verwendung erneuerbarer Energien im Gebäudesektor und damit den Einsatz von Bauteilaktivierung als Energiespeicher in Gebäuden erheblich zu steigern.



EU-ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE

von
Mag.
Cornelya
Vaquette

Als Teil des EU-Winterpakets „Clean Energy for all Europeans“ ist der Vorschlag der EU-Kommission (KOM) für die Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie (EEff-RL) das Kernstück und Hauptfokus der derzeitigen maltesischen Präsidentschaft.

Die derzeit geltende EEff-RL sieht vor, dass der Energieverbrauch der Union im Jahr 2020 nicht mehr als 1.474 Mio. t Rohölequivalent (RÖE) Primärenergie oder nicht mehr als 1.078 Mio. t RÖE Endenergie betragen darf. Eine Energieeffizienzsteigerung von 20% soll durch eine jährliche Rate von 1,5% Verbesserung erreicht werden. Der neue Vorschlag orientiert sich an den Ratsschlussfolgerungen von Oktober 2014, wo eine Energieeffizienzsteigerung von 27% bis 2030 die Rede ist. Allerdings geht der Ansatz einen Schritt weiter und schlägt ein „verbindliches“ Ziel von 30% vor. Dies würde bedeuten, dass der Energieverbrauch der Union im Jahr 2030 höchstens 1.321 Mio. t RÖE an Primärenergie und höchstens 987 Mio. t RÖE an Endenergie betragen darf. Dies entspricht einer Verringerung des Energieverbrauchs der Union um 23% an Primärenergie und 17% an Endenergie gegenüber 2005. Der Reduktionspfad mit 1,5% jährlicher Verbesserung bleibt natürlich bestehen.



© Verbund

Interessanterweise kommt die Überarbeitung zu einem Zeitpunkt, wo viele Mitgliedstaaten noch kaum Erfahrung mit den national umgesetzten Systemen haben. Eine seriöse Analyse von bisher Erreichtem ist daher kaum möglich. Abgesehen davon sind drei wesentliche Punkte mehr als brisant:

1. Das bisher indikative Ziel soll verbindlich werden, was der Umsetzung in nationales Recht eine andere Durchsetzungskraft gibt und dem klassisch-österreichischen „Golden Plating“ jede Tür öffnet.
2. Zweitens werden Überlegungen bis 2050 angestellt, die bereits eine Dekarbonisierung der Wirtschaft

von mindestens 80% festlegt, ohne dass dazu Beschlüsse des Rats existieren.

3. Die wichtigste und unbeantwortete Frage für die Unternehmen überhaupt bleibt: Was passiert, wenn keine Energieeffizienz-Potentiale mehr vorhanden sind? Egal ob auf Branchenebene oder Anlagenebene werden jene bestraft, die sich ihrer Verantwortung gestellt haben und effizient sind. Diese Frage muss dringend diskutiert werden, damit nicht jene auf der Strecke bleiben die Best Performer sind, also unsere Unternehmen der Stein- und keramischen Industrie.



WOHNBAU

von **WOHNBAUFÖRDERUNG**
Mag.
Roland
Zipfel

Anfang November 2016 einigten sich Bund, Länder und Gemeinden auf einen neuen Finanzausgleich und auf folgende die Wohnbauförderung betreffende Hauptpunkte:

- Die Länder erstellen **Wohnbauprogramme** über zumindest zwei Jahre mit einer verbindlichen Wohnbauleistung und binden dafür ausreichend Mittel.
- Länder und Gemeinden erstellen **jährliche Berichte** über ihre Leistungen im Wohnbau.
- Bis 2018 wird von den Ländern ein **Paket zur Kosteneindämmung** im sozialen Wohnbau vorgelegt.
- Die Ziele des **Klimaschutzes im Wohnbau** werden durch eine Anpassung der Art. 15a B-VG-Vereinbarung von 2009 verfolgt. Auf eigene thermische Mindeststandards wird mit Verweis auf die verschärften baurechtlichen Anforderungen gemäß OIB-Richtlinie 6 (Nationaler Plan) verzichtet.
- Mit der **Verlängerung des Wohnbauförderungsbeitrags** wird ein weiterer Schritt des Kompetenzübergangs der Wohnbauförderung vom Bund auf die Länder vollzogen mit größerer Steuerautonomie der Länder.
- Das bereits 2013 beschlossene **Konjunkturpaket Wohnen** des

Bundes über EUR 180 Mio. wird gemäß dem fixen Wohnbauförderungsschlüssel in Tranchen bis 2018 auf die Länder aufgeteilt.

UMWELT + BAUEN

Der Fachverband Steine-Keramik ist seit Jahren Teil der Bausozialpartner-Initiative „UMWELT + BAUEN“, die sich vorrangig um die Themen Ankurbelung Wohnbau und Sanierung kümmert. Die Arbeitsgruppen zu diesen beiden Themen tagten im Februar 2017.

In der Arbeitsgruppe „Wohnbau“ wurden Maßnahmen/Forderungen zur Mobilisierung von mehr Wohnbaufinanzmitteln diskutiert:

- Durch Verlängerung der Wohnbauförderungsbeiträge gehen als Folge des neuen Finanzausgleichs EUR 600 Mio. Bundeszuschuss verloren. Aufgrund fehlender Zweckbindung verwenden die Länder darüber hinaus die Wohnbauförderungsbeiträge auch für andere Dinge. UMWELT + BAUEN fordert die Länder auf, die Differenz auf die ursprünglichen EUR 1,8 Mrd. für die Wohnbauförderung zur Verfügung zu stellen, weil sonst die Einhebung der Wohnbauförderungsbeiträge nicht mehr zu rechtfertigen ist.

- Ausarbeitung von Vorschlägen zu den bisher nicht umgesetzten baubezogenen Maßnahmen im Regierungsprogramm.
- Neue Quellen für billiges Wohnbaugeld (Wohnbauinvestitionsbank, Änderungen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz)
Die Details zu den Vorschlägen/Forderungen werden in den nächsten Sitzungen der Arbeitsgruppe diskutiert.

Die Arbeitsgruppe „Sanierung“ befasste sich mit folgenden Themen:

- Aufwertung/Absicherung des Sanierschecks. Das Thema „thermische Sanierung“ kommt im Arbeitsprogramm der Regierung nicht mehr vor.
- Der Sanierscheck 2017 wurde am 3.3.2017 auf der Grazer Messe vorgestellt; es stehen wieder EUR 43,5 Mio. zur Verfügung; Photovoltaik-Steckdosen für E-Autos sollen erstmals mitgefördert werden.
- Der Sanierscheck 2016 löste ein Investitionsvolumen von EUR 320 Mio. aus. Die Anforderungen wurden deutlich erhöht, Anzahl der Anträge gleich zum Vorjahr.
- Die BOKU erarbeitet einen Vorschlag für neuen Kriterienkatalog zum Sanierscheck. Die s Bausparkasse überlegt zusätzliche Finanzierungsquellen für Sanierung bis zur nächsten Sitzung.

QUARZFEINSTAUB

von
Mag.
Cornelya
Vaquette

Die Regelung von lungengängigem Quarzfeinstaub (Respirable Crystalline Silica – RCS) in der Krebsrichtlinie (Carcinogens and Mutagens Directive - CMD) entwickelt sich in eine falsche Richtung. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen werden für einige Arbeitsstoffe, darunter auch RCS, dermaßen niedrige Grenzwerte für die Exposition am Arbeitsplatz vorgeschlagen, dass man nur den Kopf schütteln kann.

Es sei vorausgeschickt, dass die EU-Kommission (KOM) im Mai 2016 einen Vorschlag für die Aufnahme von RCS in die CMD präsentierte. Ihr Vorschlag war ein Grenzwert von $0,1 \text{ mg/m}^3$, der nur wenig niedriger war als der bisher in Österreich gültige. In einer ersten Reaktion plädierten der Fachverband und die WKÖ insgesamt für eine Streichung aus der Krebsrichtlinie. Das war realistischere Weise nicht durchzusetzen, somit wird jener Ansatz der europäischen Dachverbände unterstützt, für die Verankerung der freiwilligen NEPSI-Vereinbarung der Arbeitgeberverbände unter Beibehaltung des KOM-Grenzwerts einzutreten. Die Regelwerke zum Schutz der Arbeitnehmer gegenüber Staubexposition sind in Europa unterschiedlich. Die Anerkennung der Selbstverpflichtung der produzierenden Industrie in diesem Bereich wäre ein sinnvoller Schritt, „Best Practice“ als Modell zum Erfolg zu verhelphen. Das sind die seit einem Jahrzehnt erprobten Verfahren.

Im Rahmen des derzeitigen Verhandlungsprozesses im Europäischen Parlament zwischen dem Berichterstatter und den Schattenberichterstellern zur Krebsrichtlinie hat NEPSI an den Schattenberichtersteller der Europäischen Volkspartei (EVP), Claude Rolin, ein Schreiben mit der Bitte um Beibehaltung des KOM-Vorschlags gerichtet. Die Verhandlungen zielten darauf ab, Kompromisse einzugehen und zwar vor der Abstimmung im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) am 28.2.2017. Der Europäische



Gewerkschaftsbund (EGB) setzt seine Bemühungen fort, eine Höchstgrenze von $0,05 \text{ mg/m}^3$ festzulegen. Dieser Gedanke wurde bereits von diversen europäischen Abgeordneten im EMPL aufgegriffen und als Kompromissvorschlag eingebracht. Hier kann auch eine damit verbundene Übergangsfrist von 10 Jahren nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Grenzwert weder gemessen noch an einem üblichen Arbeitsplatz ohne beträchtlichen Aufwand eingehalten werden kann. Der Kompromiss Rolin zielt auf die Beibehaltung der Grenze von $0,1 \text{ mg/m}^3$ und einen Hinweis auf NEPSI in Anhang III B, aber mit einer Überprüfung des Grenzwerts in fünf Jahren (nach vollständigen Konsultation im beratenden Ausschuss) ab. Erste Antworten von NEPSI-Mitgliedern sind positiv für diesen Kompromiss.

Am 28.2.2017 wurden im EMPL dennoch die Weichen für eine dramatische Verschärfung des RCS-Grenzwerts gelegt. Die Abstimmung führte zur Annahme des Kompromisses von $0,05 \text{ mg/m}^3$ inklusive Übergangsfrist von 10 Jahren mit einem Übergangsgrenzwert von $0,1 \text{ mg/m}^3$.

Die Trilogverhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission laufen und sollen 2017 abgeschlossen werden.



Union Européenne des Producteurs de Granulats
Europäischer Gesteinsverband
European Aggregates Association



UEPG

DACHVERBAND DER EUROPÄISCHEN GESTEINSINDUSTRIE

Der Europäische Gesteinsverband UEPG (Union Européenne des Producteurs de Granulats) wurde 1987 als Interessenvertretung der europäischen Gesteins- und Zuschlagstoffindustrie (Sand, Kies, Naturstein) gegründet.

von
**Dr. Petra
Gradischnig**

Die UEPG vertritt rund 15.000 Unternehmen mit 25.000 Sand-/Kiesgruben und Steinbrüchen, die in 27 nationalen Verbänden in ganz Europa zusammengeschlossen sind. Damit werden über 200.000 Arbeitsplätze (inkl. Bauunternehmer) in Europa gesichert. Europaweit werden pro Jahr etwa 2,6 Mrd. Tonnen Sand, Kies und Naturstein gewonnen, womit der Bedarf von rund 5 Tonnen pro Person und Jahr gedeckt wird.

Der Verband mit Sitz in Brüssel wird durch Jesús Ortiz als UEPG-Präsident, Dirk Fincke als Geschäftsführer und seinen Mitarbeiterinnen Miette Dechelle und Alev Somer vertreten. Die anstehenden Themen werden in vier offiziellen Komitees – Wirtschaft, Umwelt, Technik, Gesundheit & Sicherheit – bearbeitet und diskutiert und zur Entscheidung für den UEPG-Vorstand vorbereitet. Zusätzlich gibt es eigene Arbeitsgruppen für die Themen PR- und Öffentlichkeitsarbeit, Biodiversität, Wasser, Luftqualität, Recycling, maritime Gesteinskörnungen und Umwelt-Produktdeklaration. Der Fachverband ist durch seine Mitarbeiter in allen Komitees und zahlreichen Arbeitsgruppen vertreten.

Die UEPG arbeitet proaktiv und identifiziert EU-Initiativen und -Programme, die einen Einfluss auf die Aktivitäten der Mitglieder haben oder haben können. Sie informiert die Mitglieder kurz und präzise anhand von Aussendungen, Newslettern und Publikationen. Auch stellt die UEPG sicher, dass die eigenen Positionen von den EU-Entscheidungsträgern berücksichtigt werden und wirbt für die positive Reputation der europäischen Sand-, Kies- und Natursteinproduzenten.

Zu ihren Aufgaben gehört das Lobbying bei der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und den Arbeitskreisen des Ministerrats, das Entwickeln von Informationsmaterial und UEPG-Positionspapieren sowie die Teilnahme an wichtigen Konferenzen mit politischen Entscheidungsträgern und der Gesetzgebung.

Die UEPG vertritt ihre Mitglieder auch in der Raw Materials Supply Group der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission und ist Mitglied des Non-Energy Extractive Industry Panels (NEEIP), dessen Ziel die Vertretung der spezifischen Interessen der nichtenergetischen Mineralrohstoffindustrie gegenüber den EU-Institutionen ist.

Für den Fachverband ist die UEPG ein wichtiger Partner, wenn es um die Durchsetzung österreichischer Anliegen auf europäischer Ebene geht.

KURZINFO

Nachstehend finden Sie eine Zusammenstellung aktueller Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales:

von

Dr. Petra
Gradischnig



ETS-REFORM: ERFOLG DURCH HARTNÄCKIGKEIT

Nach jahrelangen Diskussionen über den EU-Emissionshandel (ETS) und trotz zahlreicher Vorstöße des Europäischen Parlaments (EP) hin zu einer Verschärfung der CO₂-Reduktionsziele ist es gelungen, dass einige Knebelbestimmungen bei der Abstimmung im EP-Plenum abgelehnt wurden. Allen voran konnte der spontan eingebrachte Vorschlag zu einem neuen Grenzbesteuerungssystem (Border Adjustments Measures – BAM) für CO₂ in schweren Bauprodukten gestoppt werden.

Die Zement-, Ziegel-, Kalk- und Gipsindustrie wäre aus dem ETS herausgefallen und hätte keine Gratiszertifikate mehr erhalten. Stattdessen wären die Kosten für Emissionen (auch Prozess-CO₂) bei einem angenommenen mittleren Preis von EUR 15 pro Tonne auf mind. sechsstellige Beträge jährlich für jede Anlage zu kalkulieren gewesen.

Am 31.1./1.2.2017 wurden im Rahmen einer Fachverbandsreise gemeinsam mit der Vereinigung der österreichischen Zementindustrie acht österreichische MEPs direkt bei persönlichen Gesprächen über die Bedenken dieses Vorschlags informiert (Ein ausführlicher Bericht dazu erscheint im FV-Jahresbericht Mitte Mai 2017).

Im Vorfeld abgestimmt mit den Kollegen in Belgien und Deutschland sowie mit den branchenspezifischen Dachverbänden lancierte der Fachverband mehrere Aussendungen, um relevante Stakeholder schriftlich mit Argumenten und Informationen zu versorgen. Die konsequente, abgestimmte und wiederholte Information erzielte das positive und eindeutige Ergebnis bei der Abstimmung. Profitiert haben dabei alle Seiten.

ÜBERPRÜFUNG DER EU-UMWELTPOLITIK – ÖSTERREICH SCHNEIDET GUT AB

Die EU-Kommission hat kürzlich ein neues Instrument zur Überprüfung der Umsetzung europäischer Umweltpolitik in den einzelnen Mitgliedsstaaten vorgestellt. Mit diesem Werkzeug will die Kommission frühzeitig feststellen, in welchen Bereichen es in den Mitgliedsstaaten Umsetzungsdefizite gibt, um zeitgerecht Lösungsansätze zu entwickeln, bevor sich die Probleme verschärfen.

Das Paket umfasst 28 Länderberichte, in denen die Stärken, Chancen und Schwachpunkte der einzelnen Mitgliedsstaaten aufgezeigt werden, eine Mitteilung mit der Zusammenfassung der politischen Schlussfolgerungen aus den Länderberichten und der Untersuchung gemeinsamer Trends in Bereichen wie Luftqualität, Abfallbewirtschaftung und Kreislaufwirtschaft sowie Verbesserungsvorschläge für alle Mitgliedstaaten. Österreich schneidet

beim Umweltschutz gut ab. Die Wasserqualität ist im Allgemeinen gut. Die Abfallwirtschaft zeichnet sich durch hohe Recyclingraten und wenige Mülldeponien aus. In einer Reihe von Politikfeldern (Kreislaufwirtschaft, grüne Infrastruktur) hat Österreich umfassende moderne Ansätze entwickelt (Masterplan „green jobs“, Naturkapitalbilanzierung), um die umweltpolitischen Ziele umzusetzen.

Der Länderbericht Österreich ist abrufbar unter: http://ec.europa.eu/environment/eir/pdf/report_at_de.pdf

LEHRLINGSSTATISTIK 2016

Die Lehrlingsstatistik der WKÖ zum Stichtag 31.12.2016 weist eine Gesamtzahl von 106.950 Lehrlingen österreichweit auf, was eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 2,7% bedeutet.

Die Anzahl der Lehrlinge in der Sparte Industrie ist mit aktuell 15.079 um 2,7% gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Zahl der Lehranfänger in der Industrie im 1. Lehrjahr ist um 0,9% gestiegen.

In der Stein- und keramischen Industrie waren am 31.12.2016 insgesamt 352 Lehrlinge (davon 110 Einfachlehre) beschäftigt (-5,4% gegenüber 2015).

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der WKÖ unter SERVICE – Bildung und Lehre: www.wko.at

KALENDER

SEMINARE • KONGRESSE • TERMINE

APRIL 2017		SEPTEMBER 2017	
18. Wien	Kollektivvertragsverhandlungen Arbeiter	14.-16. Weggis	Euroschotter-Tagung
19. Leogang	Berufsgruppe Zement Vollversammlung	21. Brüssel	EUROGYPSUM Geschäftsführertreffen
19.-20. Leogang	Forum Rohstoffe Vorstandssitzung, Mitglieder- versammlung, Informationsveranstaltung	27. Brüssel	EUROGYPSUM European Parliament Gypsum Forum
20. Brüssel	UEPG Board Meeting	28. Aigen im Ennstal	FACHVERBANDSAUSSCHUSS, MITGLIEDERVERSAMMLUNG
MAI 2017		28. Aigen im Ennstal	Berufsgruppenausschuss Putz/Mörtel
2. Wien	Fachverbandsausschuss	29.-30. Aigen im Ennstal	Berufsgruppe Ziegel Herbsttagung, Vollversammlung
4.-5. Luxemburg	EMO Generalversammlung	OKTOBER 2017	
9. Weißbach bei Liezen	Berufsgruppe Gips Vollversammlung	4.-6. Kyoto	ILA-Konferenz
17. Wien	Berufsgruppenausschuss Putz/Mörtel	10. Wien	Berufsgruppe Zement Vollversammlung
17. Wien	Berufsgruppenausschuss Kalk	12.-13. Brüssel	UEPG Komiteesitzungen
22.-23. Wien	UEPG Generalversammlung	16. Wien	Berufsgruppe Schleifmittel Vollversammlung
JUNI 2017		23.-24. Maria Taferl	Berufsgruppe Feinkeramik Vollversammlung
1. Brüssel	EULA Generalversammlung	NOVEMBER 2017	
7. Brüssel	CPE Board Meeting, Generalversammlung	15. Wien	Berufsgruppenausschuss Putz/Mörtel
7.-9. Chester	PRE Generalversammlung	15. Wien	ARGE QG WDS Jahreshauptversammlung
7.-9. Marseille	FEPA Generalversammlung	16. Tallinn	UEPG Board Meeting
26.-27. Gmunden	Berufsgruppe Zement Vollversammlung	29. Wien	Berufsgruppe Zement Vollversammlung
JULI 2017		DEZEMBER 2017	
5. Wien	Berufsgruppenausschuss Putz/Mörtel	13. Wien	Fachverband Exekutivkomitee

Herausgeber:

Fachverband der Stein- und
keramischen Industrie Österreich,
A-1045 Wien,

Wiedner Hauptstraße 63,
T +43 (0) 5 90 900 - 3533, F +43 (0) 1/505 62 40

e-Mail: steine@wko.at

Web: www.baustoffindustrie.at,
www.keramikindustrie.at

Für den Inhalt verantwortlich: DI Dr. Andreas Pfeiler

Redaktion: Dr. Petra Gradischnig

Gestaltung: grafriec.at, Marlene Rieck

Produktion: Estermann GmbH

Fotos: Fachverband der Stein-
und keramischen Industrie
Österreich; istockphoto